

Gemeinde-Haushaltssorgen.

Wie sollen die Anforderungen gedeckt werden?

Die jetzigen Kriegs-Haushaltspläne der Gemeinden, die durch einen vermeintlichen Mehrertrag aus bestehenden Steuern und einer vermeintlichen Minderausgabe bei den Armenlasten zum Balancieren gebracht werden, müssen den augenblicklichen Anforderungen genügen, den künftigen Anforderungen genügen sie sicher nicht, wenn nicht eine besondere Steigerung der Einnahmen aus dem Grundeigentum, Bergwerken, Forsten und sonstigen Berechtigungen zu erwarten ist. Das zeigt ein kurzer Blick auf die städtischen Ausgaben und Einnahmen:

Einer der hauptsächlichsten Ausgabenposten: Kosten für Unterwieswesen nach dem Kriege läßt sich nicht verringern und darf nicht verringert werden. Genau so steht es mit dem nächsten großen Ausgabenposten: Kranken- und Gesundheitspflege. Gerade hier werden die Folgen des Krieges sich noch schwer bemerkbar machen. Ebenso kann man mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß die Ausgaben für Armenwesen und Polizei nach dem Kriege kaum einen Abstrich dulden werden. Der nächste sehr große Ausgabenposten der städtischen Verwaltungen sind die eigenen Verwaltungskosten, die vielsach $\frac{1}{2}$, bis $\frac{3}{4}$ der gesamten Unkosten ausmachen. Wenn man auch hier einige Ersparnisse wird vornehmen können, ebenso eine bei den Ausgaben für öffentliche Beleuchtung und Bauten; einen erheblichen Einfluß werden diese Abstriche nicht haben. Zum Schluß kommt bei den Ausgaben der Posten, der den jetzigen und die früheren Anschläge über den Hausen wirft, das ist der Schuldendienst. Gewaltige Aufwendungen haben die Städte machen müssen und noch zu machen, um ihren Unterhaltungs- und anderen Verpflichtungen nachkommen zu können. Wieviel davon vom Staate übernommen wird, ist völlig ungewiß.

Dieser unbedingt sicheren, sehr starken Vermehrung der Ausgaben stehen auf der anderen Seite bei allen Städten, die es unterlassen haben, sich aus Grundeigentum, Bergwerken, Forsten und anderen Rechten Einnahmequellen zu schaffen, die ebenfalls aus den Kriegsverhältnissen heraus stark wachsen, wesentlich verminderte Einnahmen gegenüber. Denn außer den eben genannten Einnahmen gibt es für die Städte nur noch zwei Einnahmequellen: die städtischen Werke und die Steuern. Von den städtischen Werken, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, kommen die Wasserwerke wegen ihrer verhältnismäßig geringen Einnahmen wenig in Betracht; insolge der Steigerung der Kohlenpreise, Arbeitslöhne und Materialpreise sind die Einnahmen aus Elektrizitätswerken stark zurückgegangen, und die Gaswerke sind, wie wir bereits in dem Aufsatz „Städtische Werke und Finanzen“ am 28. Februar (vergl. Nr. 107 der „Vossischen Zeitung“) auseinandergesetzt haben, direkt notleidend geworden. Nur durch den Besitz von Kohlengruben kann — so führten wir damals aus — den Gaswerken geholfen werden, und nur so das Erträgnis aus den städtischen Werken nicht nur wieder auf die alte Höhe, sondern noch darüber hinaus gebracht werden. Wird das unterlassen, so bleibt nur noch die Erhöhung der Steuern übrig, um das Mißverhältnis zwischen den stark vermehrten Ausgaben und den verringerten Einnahmen zu decken. Die Steuerhantel läßt sich aber nicht nach Belieben anziehen. Es gibt für den Steuerzahler ein Existenzminimum. Doch schon bevor dieses erreicht ist, pflegt er sich nach einem anderen Wohnort umzusehen, in welchem durch die vermehrten Einnahmen aus Grundeigentum, Bergwerken, Forsten und anderen Berechtigungen sich bessere Steuerverhältnisse herausgebildet haben.

Von diesen vier Einnahmequellen sind es besonders die Kohlengruben, bei denen auch im kommenden Frieden eine wesentliche Steigerung der Einnahmen mit Sicherheit zu erwarten ist. Bezüglich der Erträgnisse der preussischen Bergverwaltung verweisen wir auf unseren Aufsatz vom 28. Februar. Es erscheint daher wohl berechtigt, daß sich größere Städte bemühen, noch jetzt kurz vor Totenschluß, nachdem sich bereits alle Verbraucher ebenso großer Kohlenmengen wie die Städte mit Kohlengruben

und Feldern reichlich eingedeckt haben, noch Gruben und Felder zu erwerben. Der Kohle gehört die Zukunft. Was einst für die Städte der Grundbesitz gewesen ist, das wird später der rechtzeitig erworbene Besitz von Kohlengruben und Feldern werden.

Noch ein Wort über den Wertzuwachs, der sich allmählich für die Städte durch den Erwerb von Kohlenfeldern vollzieht. Infolge starker Steigerung der Grundstückspreise, oder weil die Zinsen und Tilgungen für die Grundstücke aus laufenden Mitteln gedeckt

sind, zeigten viele Städte in vergangenen Friedenszeiten einen größeren Aktiv- als Passiv-Bestand. Städte, die Kohlenfelder besitzen, sind aber noch in einer besonders günstigen Lage. Nimmt man an, daß bei den Kohlenfeldern, genau wie bei den Gewerkschaften und den Bergwerks-Aktiengesellschaften es jetzt üblich ist, die jährlichen Zinsen der für die Felder aufgewandten Kapitalien zu den Werten der Felder geschlagen werden, weil es der Wertsteigerung des Objektes entspricht, so ergibt sich zunächst nur, daß aus dem Besitz der Felder der Stadt keine Lasten entstehen, aber die so wünschenswerte Differenz zwischen Aktiven und Passiven entsteht zunächst nicht. Es sind lediglich bei 5% v. H. Kapitalzinsen die Felder in etwa 40 Jahren das Dreifache wert. Eine Differenz zugunsten der Aktiva entsteht aber sofort, sobald der Abbau der Kohlenfelder vor sich geht, durch die Wertsteigerung der Kohlen. Der Wert der Kohle im unverrichteten Felde bei guter Lage des Feldes und besonders geeigneter Kohle beträgt in Westfalen schätzungsweise jetzt höchstens 1,5 bis 2 Pf. die Tonne, in 40 Jahren also noch nicht 8 Pf. die Tonne. Sobald aber das Kohlenfeld erschlossen ist, im Baufelde, beträgt der Wert der Kohle in der Erde schon in Friedenszeiten ein Mehrfaches von diesem, wie sich aus den Bilanzen der Gewerkschaften nachweisen läßt. Ein solcher Zuwachs dürfte in der kommenden Zeit, in der große schwebende Schulden die Sollseite der städtischen Bilanzen stark belasten, von besonderem Werte sein, insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Wert der Kohle an sich im starken Steigen ist. Es wird also durch den Besitz von Kohlengruben und Feldern oder durch deren Erwerb, so weit der jetzt noch möglich ist, eine gewaltige Vermögensreserve geschaffen und der Grund zu einer gesunden Finanzwirtschaft auch nach dem Kriege gelegt. Möge das bei den Beratungen der städtischen Körperschaften darüber, wie die künftigen finanziellen Bedürfnisse der Städte zu decken sind, eingehend gewürdigt werden. Das ist besonders für Berlin notwendig, weil für Berlin noch besondere Kriegsfolgen eintreten können.